



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Drucksache Nr.:
08982-07-E1

An den
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dortmund

12.06.2007

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.1
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		14.06.2007

Tagesordnungspunkt

Kommunale Strategien für den Klimaschutz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Beobachtungen und Messungen lassen keinen Zweifel, dass das Klima sich ändert. Werden die Treibhausgas-Emissionen nicht verringert, ist eine Zunahme von 0,2 Grad Celsius pro Dekade für die nächsten 30 Jahre sehr wahrscheinlich. Beschleunigte Entwicklungen bei der Erwärmungsrate, dem Anstieg der Meeresspiegel und der Eisschmelze erfordern rasches Handeln auch und gerade auf kommunaler Ebene. Um einen Temperaturanstieg auf 2 °C zu beschränken, müssen deutschlandweit die CO₂-Emissionen um 40 % bis 2020 und um 50%-80% bis 2050 gesenkt werden.

Der Rat der Stadt Dortmund hat bereits weitreichende Beschlüsse zur Energie-sanierung, zum Einsatz von regenerativen Energien und zum ökologischen, energieeffizienten Bauen gefasst und in Teilen zur Umsetzung gebracht. Diese Beschlüsse (unter anderem zur Energieversorgung am Phoenix-See) sind weiter zu verfolgen. Die aus heutiger Sicht noch dramatischeren Auswirkungen des globalen Klimawandels machen weitere Anstrengungen erforderlich, um Energieverbräuche zu senken und weitere CO₂-Emissionsminderungspotenziale zu erschließen.

Vor diesem Hintergrund fasst der Rat folgende ergänzende Beschlüsse:

Handlungsfeld Städtische Liegenschaften und Fuhrpark:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Energiebericht 2005 beschriebenen Bemühungen um Energieeinsparungen in allen städtischen Gebäuden fortzusetzen, um den Strom- und Wärmeverbrauch drastisch zu reduzieren.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Energieeffizienz auch im öffentlichen Raum (z.B. LEDs bei der Straßenbeleuchtung) zu überprüfen und Maßnahmen zur Reduzierung des Energiebedarfs zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Es wird angestrebt, die Versorgung aller städtischen Gebäude über das Rathaus und den Stadthauskomplex hinaus komplett mit Ökostrom zu realisieren. Das gilt auch für die Infrastruktureinrichtungen, wie Straßen- und Wegebeleuchtung, Ampeln, etc. Die Verwaltung wird gebeten, den Zeitrahmen für die Umsetzung zu benennen.
4. Die Stadt Dortmund verpflichtet sich zu einem vorbildlichen, am Lokale AGENDA 21-Prozess orientierten Beschaffungswesen.
5. Auf der Grundlage einer Gesamtstrategie für Energiesparmaßnahmen werden Maßnahmen an einzelnen Objekten bzw. auch Pools von Objekten für externe Contractoren ausgeschrieben, mit denen eine garantierte Energiekosteneinsparung vereinbart wird.
6. Der Rat hält den Einsatz von Biobrennstoffen in öffentlichen Einrichtungen (Pellets oder Holzsnitzel) unter dem Gesichtspunkt des CO₂-Minderungspotenzials für sinnvoll. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine systematische Bewertung der Zukunftsfähigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Machbarkeit im Sinne einer umfassenden Ökobilanzierung vorzunehmen.
7. Bei städtischen Neubauten wird ein 40 kfW-Energiestandard hinsichtlich Warmwasser, Wärme, Kälte und Stromnutzung angestrebt. Zu den bestehenden Plänen und den beabsichtigten Planungen werden entsprechende Energiekonzepte vorgelegt. Für die benötigte Restenergie wird ein Anteil von 30% regenerativer Energie angestrebt.

8. Der Rat beschließt die Einführung eines städtischen Mobilitätsmanagements mit dem Ziel der Minimierung von Treibstoffmengen, -kosten und Emissionen. Die Verwaltung wird gebeten zusätzliche Anreize für die Nutzung alternativer Verkehrsmittel (ÖPNV; Fahrrad, Solarautos) für Dienstfahrten unter 5 km zu schaffen. Die Beteiligungen werden aufgefordert, entsprechend zu verfahren. Bei der Neuanschaffung bzw. Leasing von Fahrzeugen wird eine maximale Begrenzung des CO₂-Ausstosses von 140 g/km pro PKW als Standard festgesetzt. Die Mitglieder in den Aufsichtsräten werden beauftragt, auf die Umsetzung dieses Standards in den städtischen Gesellschaften zu drängen.
9. Der Rat beschließt den Beitritt zum klimafreundlichen Kompensationssystem von „atmosfair“ bei Inlands- und Auslandsflügen. Die Stadt verpflichtet sich, bei Entfernungen unter 400 Kilometern Luftlinie auf Flugreisen zu verzichten. Die Beteiligungsgesellschaften werden gebeten, entsprechend zu verfahren.

Handlungsfeld Städtische Unternehmungen:

10. Die städtischen Gesellschaften werden gebeten, ihre Verwaltungsgebäude und Betriebsreinrichtungen auf Ökostrom umzustellen.
11. Der Rat fordert die DEW21 auf, den Anteil des durch erneuerbare Energien erzeugten Stroms in ihrem Portfolio auf 20% zu erhöhen. Die DEW21 werden aufgefordert, hierfür einen Zeitplan vorzulegen.
12. Im Bereich der energetischen Objektversorgung sollte die Einsatzdichte von Biomasse, Geothermie und sowie von BHKWs deutlich erhöht werden.
13. Der Rat fordert DEW21 auf, den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung sowie den Einsatz von Biomasse, Geothermie und Biogas (sofern verfügbar wie z.B. Grubengas) in KWK-Anlagen voranzutreiben. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit ein Ersatz fossiler Brennstoffe durch Biomasse in den Heizkraftwerken möglich ist.
14. Die EDG wird gebeten zu prüfen inwieweit für die Beschaffung, den Transport und die Lagerung von festen Biobrennstoffen (z.B. Holzhackschnitzel) entsprechende Vorkehrungen getroffen und die notwendige Logistik entwickelt werden können. Bei der Beschaffung der Holzhackschnitzel sind die städtischen Wälder als Beschaffungsquelle zu berücksichtigen.

15. Die unwirtschaftliche und ineffiziente Fernwärmeversorgung innerhalb der Wälle ist aufzugeben. Die DEW21 werden aufgefordert, Strategien zur Umrüstung des derzeitigen Dampfnetzes auf ein Heizwassernetz zu entwickeln. Der Fernwärmebezug über das überalterte RWE-Heizwerk an der Weißenburger Straße ist durch eine eigene BHK-Anlage zu ersetzen.
16. Die Anstrengungen der DSW zur Steigerung der Fahrgastzahlen sind durch ein angebotsorientierte ÖPNV-sowie SPNV-Konzept weiter zu intensivieren. Gemeinsam mit DSW21 ist ein entsprechender Maßnahmenplan zu entwickeln.

Handlungsfeld Städtebau und Verkehr

17. Der Rat fordert die Verwaltung auf, Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas zu entwickeln, die für eine Abkühlung und Durchlüftung der Stadt in extremen Wärmeperioden sorgen. Dabei ist zu prüfen, in welchem Maß der Versiegelungsgrad innerhalb der Misch- und dichten Wohngebiete zu reduzieren ist und wie der Abbau nächtlicher Belastungsspitzen innerhalb der hoch verdichteten Innenstadt gewährleistet werden kann. Für die Umsetzung der konkreten Maßnahmen, die im Rahmen der Stadtklimauntersuchung Dortmund vorgeschlagen werden, ist eine Priorisierung vorzunehmen und ein Realisierungszeitraum zu benennen.
18. Der Rat bittet die Verwaltung, ein zeitnah zu entwickelndes Grundstück für die Errichtung eines autoarmen Wohnquartieres, wie es für den Güterbahnhof Ost geplant war, vorzusehen und den konkreten Bedarf zu ermitteln.
19. In allen Stadterneuerungsprojekten wie z.B. beim Stadtumbau Rheinische Straße wird die energetische Altbausanierung sowie Stromsparberatung in den Haushalten ein Schwerpunktthema der Beratungstätigkeit werden. Neubaumaßnahmen werden besonders energieeffizient geplant.
20. Die Verwaltung wird aufgefordert, zu gewährleisten, dass einkommensschwache Haushalte kostenlos und nach Bedarf mehrsprachig beraten werden können. Gegebenenfalls sind dafür Fördermittel zu beantragen.

Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit

21. Der Rat stellt fest, dass ein erfolgreiches stadtweites Klimaschutzprogramm ein hohes Maß an Koordinierung, Öffentlichkeitsarbeit, Information, Fortbildung und Beratung benötigt. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Koordinierungsprozess in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer, der IHK, den Beteiligungsgesellschaften federführend zu übernehmen. Ziel ist es, die zu beratende Klientel an kompetente Ansprechpartner zu vermitteln. Die Stadt verpflichtet sich, für Bedienstete der Stadtverwaltung Fortbildungen und Qualifizierungen anzubieten und diese für entsprechende Aufgaben einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion im Rat der
Stadt Dortmund

gez. Ernst Prüsse

f.d.R. Dr. Andreas Paust

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Dortmund

gez. Mario Krüger

f.d.R. Petra Kesper